

Bürgerliche wollen Steuern senken

Kantonsrat Es zeichnet sich eine Mehrheit für eine Reduktion des Steuerfusses ab

VON STEFAN FRECH

Für die einen ist die Höhe der Steuern eine «Schicksalsfrage» für den Kanton Solothurn, für die anderen ist sie ein untergeordneter Faktor im Standortwettbewerb. Die Ansichten von Bürgerlichen und Rot-Grün lagen in der gestrigen Diskussion zur überparteilichen Interpellation «Von der Steuerhölle ins vordere Mittelfeld» weit auseinander. Angesichts der Mehrheitsverhältnisse im Kantonsrat zeichnet sich jedoch ab, dass die von der Solothurner Handelskammer geforderte Senkung des Staatssteuerfusses von heute 104 auf 94 Prozent aufs Jahr 2012 gute Chancen haben könnte. Der Einnahmefall für den Kanton würde 70 Mio. Franken betragen.

Die Interpellation war im März von der von Handelskammer und Gewerbeverband unterstützten Parlamentarischen Gruppe Wirtschaft und Gewerbe eingereicht worden, nachdem zwei Steuerstudien dem Kanton Solothurn schlechte Noten ausgestellt hatten: Bei der Steuerbelastung natürlicher Personen nimmt der Kanton schweizweit den drittletzten Platz ein (wir berichteten).

«Der Kanton Solothurn ist sehr wohl ein attraktiver Wohnkanton.»

Susanne Schaffner, SP

Der Regierungsrat lehnt jedoch Steuerensenkungen zum jetzigen Zeitpunkt ab: Die finanziellen Aussichten des Kantons seien schlecht, und ohne Mitziehen der Gemeinden käme der Kanton in der Rangliste höchstens wenige Plätze voran.

SVP malte Teufel an die Wand

Die regierungsrätliche Antwort liess die bürgerlichen Fraktionssprecher nicht davon abbringen, sich für eine Steuerfussenkung auszusprechen. Besonders pointiert tat dies Colette Adam (SVP, Derendingen): «Die Bürgerinnen und Bürger haben das Recht, vom Staat nicht beliebig geschröpft zu werden.» Das vom Kanton angehäuften Eigenkapital beläuft sich bereits auf über eine halbe Milliarde Franken. «Wir verlangen eine Steuerensenkung um 10 Prozentpunk-



Roland Fürst, CVP-Kantonsrat und Direktor der Solothurner Handelskammer, will in der Budgetdebatte Ende Jahr eine Steuerensenkung um mindestens zehn Prozentpunkte durchsetzen. OLIVER MENGE

te, aber ohne dass dazu das Eigenkapital verwendet wird, sondern durch Sparmassnahmen.» Adam verlangte, dass die Regierung endlich das bereits vor einem Jahr angekündigte Sparprogramm vorlegt und insbesondere der Lohn des Staatspersonals gekürzt wird. Es sehe insgesamt schlecht aus für den Kanton, malte Colette Adam den Teufel an die Wand. Nicht nur bei den Steuern, sondern auch beim Bevölkerungswachstum und bei der Wirtschaftsleistung trage der Kanton das

Schlusslicht. «Unser Kanton steht vor einer Schicksalsfrage.»

10 oder 15 Prozentpunkte?

Diese Dramatisierung ging vielen Kantonsräten, auch Beat Loosli (Starkkirch-Wil), zu weit. Doch der FDP-Sprecher sprach sich angesichts der Höhe des Eigenkapitals ebenfalls für eine Steuerensenkung beim Kanton aus. «Wenn der Staat zu viel Steuern erhebt, muss er sie zurückgeben, das steht so im Gesetz.» Loosli rief aber auch die Gemeinden auf, bei Mög-

lichkeit ihre Steuerfüsse zu senken. Nur so komme man im Ranking der Kantone voran.

Roland Fürst (CVP, Gunzgen), Erstunterzeichner der Interpellation und Direktor der Solothurner Handelskammer, traute den pessimistischen Finanzprognosen des Regierungsrats für die Jahre nach 2012 nicht. «Auch in den letzten Jahren sind die Rechnungen stets massiv besser ausgefallen als die Budgets.» Schlimmstenfalls könne die Steuerfussenkung jedes Jahr rückgängig gemacht werden. Fürst kündigt an, dass die Parlamentarische Gruppe Wirtschaft und Gewerbe in der Budgetdebatte im Dezember 2011 einen Antrag auf eine Steuerfussenkung einreichen wird. Noch offen ist, ob 10 oder gar 15 Prozentpunkte gefordert werden.

«Kanton nicht schlechtmachen»

Eine Senkung des Steuerfusses bringe nur den wenigen Reichen im Kanton etwas, wehrten sich die Fraktionssprecherinnen von SP und Grünen. Die kleinen und mittleren Einkommen würden nur wenige hundert Franken einsparen. «Für sie lohnt es sich mehr, das Geld beim Staat zu belassen, damit er es für Prämiensenkungen, neue Spitäler oder die Altenpflege einsetzen kann», sagte Marguerite Misteli (Grüne, Solothurn). Auch die SP kündigte an, Ende Jahr gegen eine Steuerfussenkung zu stimmen. «Studien belegen, dass der Kanton sehr wohl ein attraktiver Wohnkanton ist», betonte Susanne Schaffner (SP, Olten). Sie nannte etwa die Studie der Credit Suisse zum frei verfügbaren Einkommen, wo Solothurn auf dem 7. Platz steht. Bereits bei der letzten Steuergesetzrevision 2008 seien die Reichen entlastet worden, so Schaffner. «Ich kenne aber keinen Reichen, der deshalb in den Kanton gezogen wäre.»

«Macht diesen Kanton mit Schlagwörtern wie «Steuerhölle» nicht laufend schlecht», warnte Finanzdirektor Christian Wanner. Der Kanton werde im Gegenteil dafür bewundert, dass er nach der Krise der 1990er-Jahre jetzt schuldenfrei dastehe. «Eine Steuerensenkung wäre angesichts der prognostizierten hohen Defizite nach 2012 nicht zu verantworten.» Wenn der Kantonsrat den Schritt trotzdem tun wolle, dann liege das in seiner Verantwortung.

In Kürze

Kantonsrat Wahl einer neuen Staatsanwältin

Der Kantonsrat hat Kerstin Lehniger (Biel) zur neuen Staatsanwältin gewählt. Die 36-Jährige übertraf bereits im ersten Wahlgang mit 59 von 96 Stimmen das absolute Mehr. Die Mitkandidaten Marco Amstutz und Anna Steiner erhielten 17 bzw. 19 Stimmen. Lehniger arbeitet zurzeit als Leitende Staatsanwältin im Kanton Schaffhausen. (SFF)

Interpellation Führt die Regierung gut genug?

Die Ansichten der Parteien, wie gut die Führungskompetenzen der Solothurner Regierungsräte und Amtsvorsteher sind, gingen in der Behandlung einer Interpellation von René Steiner (EVP, Olten) weit auseinander. Während SP-Fraktionssprecher Markus Schneider (Solothurn) von einer «hervorragenden Arbeit» der Regierungsräte sprach (etwa in der aktuellen Krise um die Papierfabrik Biberist), erinnerten Annelies Peduzzi (CVP) und Samuel Marti (SVP) an Fälle wie Linux oder die Strafanstalt Schöngrün. Auch Interpellant Steiner zeigte sich von den Regierungsantworten nur teilweise befriedigt: «Sie fielen etwas lustlos aus, und bei der Weiterbildung in Führungsfragen besteht Handlungsbedarf.» (SFF)

Steuern Ärger über falsche Bundeszahlen

Marguerite Misteli (Grüne, Solothurn) zeigte sich von den Regierungsantworten auf ihre Interpellation zu den Auswirkungen der Unternehmenssteuerreform II nur teilweise befriedigt. «Sie hätten ausführlicher sein können.» Wie die Grünen machte auch die SP ihrem Ärger Luft, dass die Eidgenössische Steuerverwaltung weit höhere Steuerausfälle errechnet hat, als noch bei der Volksabstimmung bekannt war. Im Kanton Solothurn führt dies nicht zu unerwarteten Mindereinnahmen. Laut Finanzdirektor Christian Wanner sind aber die Kantone «hässig» und verlangen eine Gesetzesänderung. Zudem werde die Unternehmenssteuerreform III keinen einfachen Stand haben. (SFF)

Die Schulträger gleich behandeln

Sek P Einstimmig hat der Kantonsrat einen Auftrag der Fraktion CVP/EVP/GLP abgesehen, gemäss dem die Schulgelder der progymnasialen Ausbildung so zu gestalten sind, dass den Gemeinden unabhängig vom Schulort dieselben Kosten entstehen. Die Sprecher sämtlicher Fraktionen befanden es als ungerecht, dass gemäss der heute bestehenden Regelung beispielsweise die Gemeinde Balsthal pro Schüler 5780 Franken bezahlen muss, wenn dieser die Sek P an einer der beiden Kantonsschulen in Solothurn oder in Olten besucht. Wenn die besuchte Sek P aber Teil des Oberstufenkreises ist, zu dem die Gemeinde gehört (im geschilderten Fall ist das Balsthal), dann belaufen sich die Kosten auf 10420 Franken. Die Fraktionen haben dabei den Auftrag im Wortlaut der Regierung erheblich erklärt, welche die Ausgestaltung der Schulgelder lediglich «prüfen» will, und zwar im Rahmen der Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgaben zwischen dem Kanton und den Gemeinden. «Die nötige Systemänderung kann nur in diesem grösseren Rahmen betrachtet werden», sagte Stefan Müller (CVP, Herbetswil) als Sprecher der Bildungs- und Kulturkommission. (ESF)

Kantonsrat macht bei Sek-P-Löhnen Druck

FDP-Auftrag Sek-P-Lehrer sollen überall gleich viel verdienen. Darin waren sich gestern alle Parlamentarier einig. Eine Mehrheit unterstützte zudem den Vorstoss der Freisinnigen.

VON ELISABETH SEIFERT

«Gleicher Lohn für gleiche Arbeit.» Ein Prinzip, das gestern von den Sprechern sämtlicher Fraktionen schon fast gebetsmühlenartig wiederholt worden ist, um ihrer Überzeugung Ausdruck zu verleihen, dass für die Lehrkräfte der neuen Sek P an alle Standorten die gleichen Arbeitsbedingungen gelten sollen. Dem aber ist, Stand jetzt, eben nicht so. Sek-P-Lehrkräfte, die an einer der beiden Kantonsschulen in Solothurn und Olten unterrichten, geniessen die gleichen Arbeitsbedingungen wie jene am heutigen Untergymnasium, sie sind in der Lohnklasse 23 eingereiht und arbeiten 26,5 Lektionen. Ihre Kollegen an den sieben Sekundarschulzentren indes müssen sich – wie die heutigen Bezirksschullehrer – mit einer Einreihung in Lohnklasse 21 begnügen bei einem Unterrichtspensum von 29 Lektionen.



Alex Kohli (FDP, Grenchen) will, dass alle Sek-P-Lehrer in Lohnklasse 21 eingereiht werden. OM

Eine Ungleichbehandlung, die der Volksschullehrerschaft – und in ihrem Gefolge Politikern aller Couleur – sauer aufstösst. Mit 53 zu 40 Stimmen hat sich denn auch eine Mehrheit für ein Ja zum abgeänderten Auftrag der FDP ausgesprochen, mit dem die Regierung aufgefordert wird, die Lehrpersonen an allen Sek-P-Schulen gleich zu entlohnen. Und zwar sollen künftig alle Sek-P-Lehrkräfte unter den Bedingungen der heutigen Be-

zirksschullehrer arbeiten, wie FDP-Sprecher Alex Kohli (Grenchen) ausführte. Befürwortet wurde der Auftrag neben der FDP von der SVP, den Grünen und den Grünliberalen. Nein sagte die CVP sowie die grosse Mehrheit der SP. Auch diese gingen mit dem Anliegen grundsätzlich einig, wollen die Lösung des Problems aber den Verhandlungen zwischen den Sozialpartnern überlassen.

Verhandlungen in der Sackgasse

«Die Frage der Einreihung in eine Lohnstufe ist eine Angelegenheit, die den Gesamtarbeitsvertrag betrifft, und muss von den entsprechenden Gremien ausgehandelt werden», ist Stefan Müller (CVP, Herbetswil), Sprecher der Fraktion CVP/EVP/GLP, überzeugt. «Wenn das Parlament zu Lohnfragen einen Entscheid trifft, kehren wir in die Zeit vor dem GAV zurück.»

Nachdem die GAV-Verhandlungen aufgrund der gegensätzlichen Positionen des Verbandes der Lehrerinnen und Lehrer Solothurn (LSO) sowie des Kantonsschullehrerverbandes in eine Sackgasse geraten

waren, sehen das die Sprecher von FDP, SVP und Grünen etwas anders. «Wir haben einen Hilferuf der Gewerkschaft auf dem Tisch liegen, es ist unsere Aufgabe zu reagieren», meinte etwa Alex Kohli. Bildungsdirektor Klaus Fischer wiederum, der immer noch darauf hofft, dass sich die beiden Arbeitnehmervertretungen einig werden, erachtet es als «sehr ungeschickt», wenn die Politik in den Prozess eingreift.

Mit dem Ja zum FDP-Auftrag übt das Parlament Druck auf die GAV-Verhandlungen aus. Sollten sich die

«Es ist unsere Aufgabe, auf den Hilferuf der Gewerkschaft zu reagieren.»

Alex Kohli, FDP

Sozialpartner nicht einig werden, wird die von der Regierung getroffene Übergangslösung in ein Definitivum überführt. Die Übergangslösung sieht vor, dass die Sek-P-Lehrer an den Kantonsschulen auch künftig in der Lohnstufe 23 eingereiht bleiben, ab August 2012 aber ein Unterrichtspensum von 29 Lektionen bewältigen müssen. Grundsätzlich ist denkbar, dass der Regierungsrat nach der gestrigen Willenskundgebung des Parlaments nochmals auf seinen Entscheid zurückkommt.